

5 Wer ist wirklich vor Corona geschützt?
Zwei komplett Geimpfte haben sich hierzulande mit dem Virus infiziert.

7 Vier Schaukeln sind derzeit im Aufbau
Schaukeln in Malbun können endlich zum Markenzeichen werden.

21 Eine nicht alltägliche Sportart
Sean Koch macht Kraftdreikampf
Er stemmt das doppelte seines Körpergewichts

ANZEIGE



Samstag, 19. Juni 2021
144. Jahrgang Nr. 114

Volksblatt

Die Tageszeitung für Liechtenstein



Heute

In Bendern

AZV feiert 50-Jahr-Jubiläum

Heute feiert der Abwasserzweckverband der Gemeinden (AZV) das 50-jährige Bestehen im geschlossenen Kreis. Dabei wird das Jubiläumsbuch präsentiert, das am 28. Juni erhältlich sein wird. Die entsprechende Filmchronik ist bereits heute auf www.azv.li zu sehen.

Inland Am Freitag lud das Liechtenstein-Institut zur Vortragsreihe «Die liechtensteinische Verfassung – Einzigartig, und doch vergleichbar». Zu Gast waren Experten und Expertinnen aus dem Land, der Schweiz und Österreich. **Seite 9**

Ausland Staatschef Emmanuel Macron kehrte mit «la bise» («Kuss») zu einer in Frankreich üblichen herzlichen Begrüssung zurück, vor der wegen der Coronapandemie allerdings lange gewarnt wurde. **Seite 16**

Wirtschaft Nicht zuletzt wegen der Coronapandemie ist Kaffee erstmals wieder teurer geworden. Und laut Experten dürfte die Kaffeerally noch eine Weile anhalten, denn das Wetter verheisst gleich zwei schwache Ernten. **Seite 20**

Kultur So kann der Sommer gelingen: Mit Spielwitz, Elan, Buntheit und gediegener Sprache, wie es am prächtig lauen Donnerstagabend mit der Premiere von Kleists «Das Käthchen von Heilbronn» im Innenhof der Burg Gutenberg zu erleben war. **Seite 26**

Panorama Die Schweiz tut laut UNICEF nicht genug für die bezahlbare familienergänzende Kinderbetreuung. Bei zwei Kindern müsse ein Paar mit Durchschnittseinkommen zwischen einem Drittel und der Hälfte eines Gehalts dafür bezahlen. **Seite 32**

Wetter Die Sonne teilt sich den Himmel mit Wolken, es wird heiss. **Seite 29** **19° 31°**

Inhalt

Inland	2-13	Kultur	26+28
Ausland	16	Kino/Wetter	29
Wirtschaft	17-20	TV	30+31
Sport	21-25	Panorama	32

Fr. 2.50 www.volksblatt.li



9 771812 601006



Fertig saniert Fürstensteig ab sofort begehbar

Die Reparatur- und Sanierungsarbeiten am Fürstensteig wurden abgeschlossen und der beliebte Bergwanderweg ist daher ab sofort wieder begehbar, teilte das Amt für Umwelt am Freitag mit. Weil der Schnee dieses Jahr zwischen drei bis vier Wochen länger liegen blieb als in den Vorjahren, begannen die Sanierungsarbeiten erst am Montag dieser Woche – das «Volksblatt» begleitete den Einsatz vor Ort und berichtete am Mittwoch ausführlich.

(Foto: Michael Wanger)

Service public oder doch privat? – Zukunft.li sieht Reformbedarf

Studie Inwieweit erfüllen Post, Telecom, Gasversorgung, LKW und LIEmobil noch einen Service public? Dieser Frage widmet sich die Stiftung Zukunft.li in einer neuen Studie. Für sie wären dabei in manchen Bereichen Privatisierungsschritte angesagt.

VON SEBASTIAN ALBRICH

«Aus ökonomischer Sicht gibt es keinen Rechtfertigungsgrund mehr für eine staatliche Telecom», so ein Ergebnis der Studie «Service public: Mehr privat – weniger Staat» von Zukunft.li. Das ist jedoch nicht die einzige Erkenntnis: Auch das Grundversorgungsangebot der Liechtensteinischen Post sollte überdacht und modernisiert werden. Denn die frü-

her als essenziell geltenden Dienstleistungen sind dies heute teils gar nicht mehr oder haben sich in unserem liberalisierten und digitalisierten Zeitalter grundsätzlich gewandelt. Briefe und Festnetz verlieren an Bedeutung, die Formen der Kommunikation verlagern sich ins Netz.

Fokus auf das Wichtigste

Grundsätzlich appelliert die Stiftung mit ihrer Studie dafür, dass sich die

staatsnahen Unternehmen auf das wesentliche Kerngeschäft beziehungsweise die zentrale Infrastruktur konzentrieren und von privatwirtschaftlichen Exkursen absehen. Als positives Beispiel nennt sie den öffentlichen Verkehr, der mit der LIEmobil gut aufgestellt sei. Diese verwalte das zentrale Busnetz, während die Fahrdienstleistungen privatwirtschaftlich ausgeschrieben werden. Ähnlich wie auch die LKW die

Glasfaserinfrastruktur betreuen, während die darauf laufenden Dienste privat angeboten werden können. Leider sei die Politik hierzulande jedoch zu zaghaft, sich an diese neuen Gegebenheiten anzupassen. Das berge Risiken, weshalb die Stiftung der Politik mit ihrer Studie auch klare Handlungsempfehlungen für die fünf analysierten staatlichen Infrastrukturunternehmen mit auf den Weg gibt. **Seite 3**

Coronavirus Freie Fahrt nach Deutschland aus der Schweiz

BERN Gute Nachrichten von der Coronafront: Die Ansteckungszahlen gehen weiterhin stark zurück. 28,9 Prozent der Schweizer Bevölkerung haben bereits zwei Impfdosen erhalten. Am Freitag wurden dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) für die vergangenen 24 Stunden noch 173 neue Coronavirus-Ansteckungen gemeldet. Das sind noch halb so viele wie vor einer Woche (354). Auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner hochgerechnet ergibt das für die vergangenen zwei Wochen 47,89 Fälle. Und auch die Reproduktionszahl R, die angibt, wie viele Personen eine infizierte Person im Durchschnitt ansteckt, lag vor rund zehn Tagen bei beruhigenden 0,64. Aufgrund dieser positiven Zahlen gilt die Schweiz ab Sonntag auch für den deutschen Nachbarn nicht mehr als Risikoland, wie das Robert Koch-Institut mittel-

te. Wer auf dem Landweg nach Deutschland einreist, muss künftig keinerlei Einreisebeschränkungen mehr beachten. Die Regeln für Flugreisende bleiben allerdings bestehen: Jeder, der mit dem Flugzeug einreist, egal ob aus einem Risikogebiet oder nicht, muss vor dem Abflug ein negatives Testergebnis, einen Impf- oder Genesenennachweis vorlegen. Vollständig geimpft sind in der Schweiz mittlerweile fast 30 Prozent der Bevölkerung – nämlich 2 497 599 Personen. Nach weniger als jeder tausendsten Impfung wurden dem Heilmittelinstitut Swissmedic bis am Dienstag unerwünschte Nebenwirkungen gemeldet, nämlich in 2944 Fällen. Weiterhin wird fast jede dritte Meldung als schwerwiegend eingestuft. Und wie bis anhin sind Frauen mehr betroffen als Männer. (sda) **Seite 5**

Softair-Pistole gezogen Einreisesperre nach Vorfall beim Badesee

GAMPRIN Der junge Mann, der am Montagabend um etwa 20 Uhr beim Badesee Grossabunt in Gamprin nach einem lautstarken und handfesten Streit mit seiner Partnerin eine Softair Gun gezogen haben soll, ist zwischenzeitlich wieder aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Dies hat der stv. Landespolizeisprecher Michael Meier gegenüber Radio L bestätigt. Wie der Landesender weiter berichtete, wurde dem aus dem Ausland stammenden Mann eine Einreisesperre nach Liechtenstein verhängt und dieser auf freiem Fuss angezeigt. Die Softair Gun konnte die Landespolizei später nach dem Vorfall sicherstellen. Gemäss Michael Meier seien beim nachfolgenden Zeugenaufruf mehrere sachdienliche Hinweise eingegangen. (red)

Amateurfussball FC Balzers und USV sind unter Zugzwang

ESCHEN/BALZERS Nach zwei Runden ohne Sieg, brauchen Liechtensteins Erstligisten dringende Punkte. Auch in den unteren Ligen wird nun wieder gekickt. **Seite 24**

ANZEIGE

Sub of the day
CHF 5.90

Jeden Tag ein spezielles, frisch vor deinen Augen zubereitetes Sandwich.

Subway® ist eine eingetragene Marke von Subway IP Inc. ©2017 Subway IP Inc.

Schwerpunkt Zukunft.li: Weniger Staat - mehr privat

Viele staatsnahe Betriebe müssten privatisiert werden

Studie In welchen Bereichen ist die Beibehaltung des Service public in Liechtenstein heute noch sinnvoll? Um dem nachzugehen, hat die Stiftung Zukunft.li fünf öffentliche Unternehmen im Bereich der Infrastruktur beleuchtet und sieht klaren Handlungsbedarf.

VON SEBASTIAN ALBRICH

Service public - also die Sicherstellung der Grundversorgung der Gesamtbevölkerung und der Wirtschaft mit Infrastrukturgütern und Dienstleistungen - ist eine Kernaufgabe des Staates. Seine Form und sein Ausmass eine politische Frage, die es sich immer wieder zu stellen gilt. Denn wie die Stiftung Zukunft.li in ihrer aktuellen Studie «Service public: Weniger Staat - mehr privat» unterstreicht, ändern sich die Rahmenbedingungen laufend: Früher als essenziell angesehene Dienstleistungen verschwinden und ehemals wichtige Kernmärkte schrumpfen oder wandeln sich. So auch im für die Studie untersuchten Bereich Infrastruktur und die fünf durchleuchteten Unternehmen: Post, Telecom, Gasversorgung, LKW und LIEmobil. Treiber sind die zunehmende Digitalisierung, die Öff-

nung ehemals staatlicher Märkte und der dadurch entstehende Wettbewerb sowie politische Agenden, wie aktuell die verpflichtenden Klimaziele. Daraus ergibt sich in vielen Bereichen die Frage, ob sich ein Service public in bestimmten Bereichen heute überhaupt noch rechtfertigen lässt.

Zaghafte Politik

Doch anstatt sich diese Fragen zu stellen, schreke die Politik laut Zukunft.li davor zurück, die Service-public-Anforderungen an die digitalisierte und liberalisierte Welt anzupassen. Stattdessen fordere sie einen weiterhin qualitativ hochwertigen Service public, den die staatlichen Unternehmen möglichst eigenwirtschaftlich, sozial, ökologisch und wenn möglich auch noch rentabel erbringen sollen.

Dabei drängen sie die staatlichen Anbieter mit ihren wegbrechenden Kernaufgaben in neue private Mär-

te, um eben diese schwindenden Erträge zu kompensieren. Das führe - wie Projektleiterin Doris Quaderer bei der Vorstellung der Studie betont - zu Wettbewerbsverzerrungen und höheren Risiken für die Steuerzahler. Dies würden auch frühere Ausflüge staatlicher Unternehmen in private Sektoren zeigen.

Flexibilität gefragt

Die Stiftung plädiert mit ihrer Studie deshalb dafür, den Service public in den analysierten Sektoren zu überdenken. «Wenn der Staat es heute nicht mehr für notwendig befinden würde, in den jeweiligen Sektor einzusteigen, fällt auch der Rechtfertigungsgrund für den bestehenden Service public weg», erklärt Geschäftsführer Thomas Lorenz. Zudem sei es, sobald sich Service-public-Unternehmen finanziell rentieren müssen oder ein privater Anbieter dies genauso gut erledigen könnte, Zeit für die Privatisierung.



Doris Quaderer stellte die Studie am Freitag vor. (Foto: Michael Zanghellini)

Neben spezifischen Empfehlungen zu den jeweiligen Unternehmen (siehe unten), formuliert die Studie auch generelle Empfehlungen, die die Politik für alle staatlichen Unternehmen im Service public anwenden sollte. So sollte die Leistungen und Kosten des Service public transparent ausgewiesen und die Expansion von öffentlichen Unternehmen in privatwirtschaftliche Märkte vermieden werden. Zu Letzterem hat

sich die Regierung auch bereits im neuen Koalitionsvertrag verpflichtet. Weiters sollte die jeweiligen Eigentümer- und Beteiligungsstrategie sowie die zugehörigen Spezialgesetze regelmässig überprüft und den neuen Bedingungen angepasst werden. Gute Politik müsse flexibel agieren, unterstreicht Stiftungsratspräsident Peter Eisenhut und hofft, dass die Studie an den richtigen Stellen Anknüpfungspunkte findet.

Liechtensteinische Post

Aufs Notwendigste reduzieren

Die Digitalisierung und die dadurch veränderten Kundenbedürfnisse lassen das Kerngeschäft der Liechtensteinischen Post seit Jahren schrumpfen - der Paketmarkt ist bereits liberalisiert, Onlinebanking ersetzt Einzahlungen vor Ort. Die Abschaffung des Restmonopols auf Briefe bis 50 Gramm dürfte die Situation laut Zukunft.li weiter verschärfen: Die Post stehe dadurch vor grossen Herausforderungen. Um drohenden Verlusten vorzubeugen, sind Reformen notwendig.

Deshalb empfiehlt Zukunft.li:

- den Service public auf das in einer digitalen Welt Notwendige zu reduzieren - also die Beförderung von prioritären Briefen und (allenfalls) prioritären Paketen.
- die Anforderungen bezüglich der Erreichbarkeit von Zugangspunkten und postalischen Dienstleistungen klar, aber technologieneutral zu formulieren.
- die Dienstleistungen im Zahlungsverkehr und in der Philatelie aus dem Service-public-Pflichtenheft zu streichen.
- die Kosten des Service-public-Auftrags im Geschäftsbericht der Liechtensteinischen Post auszuweisen und damit transparent aufzuzeigen, in welchem Umfang heutige Postkunden öffentliche Leistungen finanzieren.
- den reduzierten Service-public-Auftrag mittels staatlicher Abgeltungen zu finanzieren und in regelmässigen Abständen (z. B. in einem Zehnjahresrhythmus) öffentlich auszuschreiben. Dabei sei sicherzustellen, dass die Liechtensteinische Post nicht mit Vor- oder Nachteilen ins Rennen um den Service-public-Auftrag geht.
- auf Dienstleistungen zu verzichten, die vom freien Markt bereitgestellt werden (z. B. Umzugsservice, Verkauf von Papeterieartikeln) - zumindest solange die Liechtensteinische Post nicht privatisiert ist.
- dass sich der Staat als Dienstleister vollständig aus dem Aufgabengebiet (Privatisierung) zurückzieht, wenn sich Wettbewerb einstellt, durch den eine vertretbare Versorgung erreicht wird.

Telecom Liechtenstein

Privatisierung in die Wege leiten

Der Telekommunikationssektor ist laut Zukunft.li bereits einen Schritt weiter als der postalische Bereich und seit Jahren liberalisiert. Dies und die technologische Entwicklung haben zu einem sehr kompetitiven Markt geführt. Die Marktanteile der Telecom in den Bereichen der Grundversorgung sinken kontinuierlich. Der Wettbewerb wirkt sich auf die Preise aus. Für Zukunft.li gibt es somit keinen Rechtfertigungsgrund mehr für den Staat, in diesem funktionierenden Markt aktiv zu sein. Deshalb sei die Telecom zu privatisieren.

Deshalb empfiehlt Zukunft.li:

- dass sich der Staat als Dienstleister aus diesem Markt zurückzieht beziehungsweise Schritte zur Privatisierung eingeleitet werden. Aufgrund der technologischen Entwicklung im Endkundengeschäft (insbesondere im Festnetzbereich) kann dies auch von anderen übernommen werden und es besteht kein Marktversagen mehr.
- dabei das Netz in staatlicher Hand zu belassen, denn aus wettbewerblicher Sicht ist die vertikale Trennung von Netz und Diensten, wie sie aktuell besteht, ein Vorteil.
- den Universaldienstauftrag auf das Nötigste zu reduzieren. Für einen schlanken und zeitgemässen Service public kann das Mindestangebot für Telefon- und Datendienste gestrichen werden, da es nicht mehr den heutigen Anforderungen entspricht. Verzeichnis und Auskunftsdienste sollten nur noch in digitaler Form zur Verfügung gestellt werden müssen, dabei bildet das Angebot für Menschen mit besonderen Bedürfnissen (Hörgeschädigte) eine Ausnahme.
- den Universaldienst entweder direkt über staatliche Abgeltungen oder über eine Fondslösung zu finanzieren. So werden die Kosten der öffentlichen Leistungen transparent.
- die gesetzlichen Rahmenbedingungen betreffend Mobilfunk zu überprüfen und an internationalen Niveaus anzupassen, um Investitionshürden abzubauen und die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts nicht zu behindern.

LGV

Weg vom Gas und Fusion mit LKW

Klimapolitische Überlegungen spielen beim Service public im bereits liberalisierten Gassektor eine entscheidende Rolle. Das von Liechtenstein unterzeichnete Pariser Klimaabkommen gibt den Takt vor. Um bis 2050 komplett von fossilen auf erneuerbare Energien umzusteigen, braucht es einen deutlichen Kurswechsel im Gassektor. Um die Klimaziele zu erreichen, müsse laut Zukunft.li der Ausbau des Gasnetzes schnellstmöglich gestoppt und der Ausbau der Wärmenetze forciert werden. Da die Sektoren Gas, Elektrizität und Wärme durch neue Technologien - wie Fotovoltaik und Wärmepumpen - zusammenwachsen, sollte zudem erneut eine Fusion von LGV und LKW diskutiert werden.

Deshalb empfiehlt Zukunft.li:

- den gesetzlichen Auftrag der LGV und die Eignerstrategie der Regierung aufgrund der technischen und umweltpolitischen Entwicklungen anzupassen und auf die Klima- und Energiestrategie des Landes abzustimmen.
- das Gasnetz nicht weiter auszubauen und stattdessen Investitionen in die Wärmenetze zu forcieren. Auch sollten die Kunden über die erwartete Entwicklung im Gassektor transparent informiert werden.
- im Geschäftsbericht der LGV transparent aufzuzeigen, wie der Ausbau der Wärmenetze finanziert beziehungsweise wie eine Quersubventionierung des Wärmebereichs durch den Gasbereich verhindert wird.
- in der Eignerstrategie der Regierung den Passus zu streichen, dass im Wärmebereich nur Projekte gefördert werden, die in Partnerschaft mit der LGV erstellt werden. Damit sollen Wettbewerbsverzerrungen verhindert werden.
- erneut die Zusammenlegung von LKW und LGV in ein einziges liechtensteinisches Energieunternehmen zu prüfen, da die Anwendungen verschiedener Energieformen zunehmend verschmelzen und sich die Tätigkeitsfelder der Unternehmen immer stärker überlappen. Das Resultat der Überprüfung sollte transparent aufgezeigt werden.

LKW

Fokus aufs Netz und das Kerngeschäft

Das Stromnetz sollte aufgrund seiner Eigenschaften eines natürlichen Monopols mit hohen Investitionskosten im Staatsbesitz verbleiben, betont Zukunft.li in seinen Ausführungen. Auch da eine zuverlässige Stromversorgung unabdingbar für die Bevölkerung und die Wirtschaft ist. Trotzdem sieht die Stiftung im Rahmen des Service public bei den LKW Handlungsbedarf. Liechtensteins Bekenntnis zum Pariser Klimaabkommen und die damit zusammenhängende Energiestrategie 2030 der Regierung sehen in den nächsten Jahren einen radikalen Wechsel von fossilen Brennstoffen hin zu erneuerbaren Energien vor. Damit wird es für die LKW einerseits zunehmend schwieriger, die Versorgungssicherheit mit günstigem Strom zu gewährleisten. Andererseits gibt die Regierung mit der Energiestrategie vor, wie sich der Energiemix in den kommenden Jahrzehnten verändern muss, um die Klimaziele zu erreichen.

Deshalb empfiehlt Zukunft.li:

- das Geschäft mit Zusatzdiensten (z. B. Elektrofachhandel, Elektroinstallationen, Planung und Installation von Fotovoltaikanlagen etc.) aus wettbewerbspolitischen Gründen aus den LKW auszugliedern oder einzustellen.
- die Schaffung einer Stromhandelsplattform voranzutreiben. Wenn Unternehmen oder Private Strom von beispielsweise eigenen Fotovoltaikanlagen untereinander handeln können, belebt das den Markt.
- den gesetzlichen Auftrag und die Eignerstrategie der LKW aufgrund der technischen und umweltpolitischen Entwicklungen an die Energie- und Klimaziele der Regierung anzupassen. Beispielsweise könnten die LKW beauftragt werden, öffentliche Flächen (Parkplätze, Brücken, Dächer) mit Fotovoltaik zu bestücken oder Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge auszubauen, solange Letzteres nicht ausreichend vom Markt gedeckt wird.
- zur Verbesserung der Versorgungssicherheit innovative technologische Lösungen (Smart Grid, Sektorkopplung) zu fördern.

LIEmobil

Öffentlicher Verkehr bereits gut aufgestellt

Die heutige Organisation des liechtensteinischen Service public im ÖV ist laut Ansicht der Stiftung grundsätzlich gut gelöst: LIEmobil ist übergeordnet für die Koordination, Tarifierung, Fahrplangestaltung etc. zuständig und sei mit nur neun Mitarbeitenden schlank aufgestellt. Die staatliche Beteiligung an LIEmobil sei wiederum gerechtfertigt, weil sich ihre Tätigkeit der Koordination und Detailausgestaltung des Service-public-Angebots auf jene Verkehrsleistungen bezieht, die nicht selbsttragend mit den heutigen ÖV-Tarife vom Markt erbracht werden können. Die eigentliche Transportdienstleistung - die dem Markt ohne Weiteres überlassen werden kann - wird bereits öffentlich ausgeschrieben. Die Empfehlungen der Stiftung Zukunft.li beziehen sich deshalb hier auch nicht direkt auf den Service public von LIEmobil, sondern vielmehr auf die externen Herausforderungen, die dessen Erfüllung erschweren: Konkret geht es um die liechtensteinische Verkehrsproblematik und die zunehmende Verkehrsdichte in den Stosszeiten. Wenn Busse im Stau stehen und deshalb Anschlüsse nicht einhalten können, schwinde die Akzeptanz des ÖV, so die Stiftung. Daher gelte sicherzustellen, dass der Verkehr auch zu Stosszeiten besser fliesst - ein Ansatz wäre für die Stiftung die Einführung des Roadpricing-Systems, das sie Anfang 2020 vorgestellt hat (das «Volksblatt» berichtete).

